

Für eine engagierte Aussenpolitik der Schweiz zum Schutz der Menschenrechte in Honduras

Petition an den Bundesrat

Sehr geehrte Damen und Herren Bundesrätinnen und Bundesräte

Wir, die unterzeichnenden Organisationen, verfolgen die Entwicklung in Honduras seit einiger Zeit mit grosser Sorge. Entgegen allen Beteuerungen, dass sich die Lage normalisiere, stellen wir fest, dass die Menschenrechte weiterhin massiv verletzt werden und von einer Rückkehr zur verfassungsmässigen Ordnung nicht gesprochen werden kann. Der Putsch kann zudem auch als Warnung an diejenigen Regierungen in Lateinamerika verstanden werden, welche ihre Politik vermehrt auf die Bedürfnisse der Bevölkerung ausrichten und eine eigenständige politische und wirtschaftliche Entwicklung verfolgen.

Aus Sorge um die Lage in Honduras gelangen wir mit der dringlichen Bitte an Sie, eine aktive Rolle zu übernehmen, damit den gewaltsamen Übergriffen der Machthabenden gegen die Bevölkerung ein Ende gesetzt und eine grundlegende Lösung der Probleme, wie sie von der Nationalen Volkswiderstandsfront (FNRP) formuliert wird, gefunden werden kann.

Trotz Wahlen keine verfassungsmässige Ordnung

Vor bald einem Jahr, am 28. Juni 2009, wurde der demokratisch gewählte Präsident Manuel «Mel» Zelaya vom Militär gestürzt und in Verletzung der Verfassung ausser Landes nach Costa Rica ausgeschafft. Die nachfolgende De-facto-Regierung von Roberto Micheletti verhinderte mit verschiedenen Mitteln eine Wiederherstellung der verfassungsmässigen Ordnung, das heisst auch eine Rückkehr von Präsident Zelaya. Die «Wahlen» vom 29. November 2009 fanden in einem Klima von politischer Repression und unterdrückter Meinungsfreiheit und unter einem breit befolgten Wahlboykott statt. Eine unter solchen Bedingungen gewählte Regierung ist illegitim. Es darf auch nicht sein, dass ein Militärputsch durch so genannte Wahlen legitimiert und in eine Normalität überführt wird. Wir stellen uns daher hinter die Forderung der honduranischen Widerstandsfront FNRP, dass weder Porfirio Lobo Sosa als Präsident noch seine Regierung als legitime VertreterInnen des honduranischen Volkes anerkannt werden dürfen.

Straflosigkeit für schwere Verletzungen der Menschenrechte

In Honduras herrscht seit dem Militärputsch eine weitgehende Straflosigkeit trotz massiver Verletzungen der Menschenrechte. Auch seit der Einsetzung der illegitimen Regierung Lobo von Ende Januar 2010 gehen diese weiter: ExponentInnen von Bauernorganisationen, Gewerkschaften und Menschenrechtsorganisationen, aber auch JournalistInnen werden Opfer von Einschüchterung und Repression. Allein zwischen Anfang Februar und Ende April 2010 wurden sieben JournalistInnen, vier GewerkschafterInnen sowie mehrere Mitglieder der Bauernorganisation MUCA ermordet. In allen diesen Fällen wurden bisher keine ernsthaften Untersuchungen eingeleitet, geschweige denn die Verantwortlichen dieser Taten eruiert und belangt. Die Justiz verteidigt die Interessen der Machthaber – sie hatte den Militärputsch vom letzten Jahr rechtlich sanktioniert. Dabei benutzt sie die Verfassung von 1982, die einseitig die wirtschaftlich Mächtigen bevorzugt und den Einfluss der Staatsorgane beschränkt und denjenigen des Volkes praktisch ausschliesst.

Als eine der ersten Amtshandlungen erliess die «Regierung» Lobo eine Amnestie für alle am Putsch Beteiligten. Die von der gleichen «Regierung» eingesetzte «Wahrheitskommission» geht von dieser Straflosigkeit aus und kann nicht zu einer Klärung der Ereignisse beitragen.

Verschärfung der sozialen Probleme

Unter Präsident Zelaya war es zu beschränkten Reformen der Arbeits- und Landrechte zugunsten der armen Bevölkerung gekommen. Die «Regierung» Lobo machte diese Reformschritte im Interesse der Oligarchie sofort rückgängig. Die Arbeitsverhältnisse werden seitdem zunehmend flexibilisiert, so dass ArbeiterInnen mehr arbeiten müssen, aber nur noch einen Teil des Mindestlohns erhalten. Bauern und Bäuerinnen werden von Grossgrundbesitzern und Militärs gewaltsam vertrieben, ganze Landstriche sind militärisch besetzt worden.

Entschiedenes Eingreifen zum Schutz der Bevölkerung

Ohne das entschiedene Eingreifen der internationalen Gemeinschaft bleibt die honduranische Bevölkerung der Repression und Willkür der militärischen, politischen und wirtschaftlichen Eliten ausgeliefert.

Wir fordern deshalb den Bundesrat auf, konkrete Schritte zum Schutz der honduranischen Bevölkerung zu unternehmen und eine Demokratisierung des Landes, wie sie in den Vorschlägen und Forderungen der Nationalen Volkswiderstandsfront FNRP zum Ausdruck kommt, zu unterstützen. Grundlage für eine friedliche Lösung des Konflikts ist die von der FNRP angestrebte verfassungsgebende Versammlung, die sämtliche Bevölkerungssektoren einbezieht.

Im Speziellen fordern wir:

- Die Schweiz soll die Nationale Volkswiderstandsfront FNRP als politische Kraft in Honduras anerkennen und permanenten Kontakt mit ihr pflegen, um sich über die politische Situation und Menschenrechtsverletzungen zu informieren.
- Die Schweiz soll sich dafür einsetzen, dass internationale Organisationen umgehend eine unabhängige und lückenlose Untersuchung der Vorgänge um den Militärputsch vom 28. Juni 2009 und die seit dem Putsch begangenen Morde und weiteren Menschenrechtsverletzungen durchführen.
- Die Schweiz soll sich dafür einsetzen, dass die Verantwortlichen für die Morde an VertreterInnen der Widerstandsbewegung sowie für die weiteren Menschenrechtsverletzungen zur Rechenschaft gezogen werden.
- Die Schweiz soll sich dafür einsetzen, dass die Armee sofort und vollumfänglich in die Kasernen zurückgezogen und nicht mehr gegen die Bevölkerung eingesetzt wird.
- Die Schweiz soll sich dafür einsetzen, dass die Meinungsäusserungsfreiheit gewährleistet wird, dass die Proteste der Bevölkerung nicht mehr kriminalisiert werden und dass sämtliche Exilierten ohne Bedingungen ins Land zurückkehren können.
- Die Schweiz soll sicherstellen, dass sie ihre Entwicklungszusammenarbeit nur da fortführt, wo sie direkt der Bevölkerung dient und die Menschenrechte stärkt. Die Schweizerische Entwicklungszusammenarbeit darf keinesfalls der illegitimen Regierung Nutzen verschaffen.

Unterzeichnende Organisationen:

arbeitskreis tourismus & entwicklung
ACAT-Schweiz (Aktion der Christen für die Abschaffung der Folter)
Alliance Sud – Arbeitsgemeinschaft Swissaid, Fastenopfer, Brot für alle, Helvetas, Caritas, Heks
ASK – Arbeitsgruppe Schweiz-Kolumbien
Asolatino
Association km207 Guatemala-Suisse
attac schweiz
Brücke – Le Pont
CETIM
CGAS – Communauté genevoise d'action syndicale
comedia, die Mediengewerkschaft
E-Changer
EvB – Erklärung von Bern
Fédération syndicale mondiale
Gewerkschaft Kommunikation
GSoA – Gruppe für eine Schweiz ohne Armee

Guatemala-Netz Zürich
GVOM – Groupe Volontaires Outre-Mer
medico international
OeME-Kommission der Stadt Bern
Partei der Arbeit Schweiz
Red Latinoamericana
SAH – Schweizerisches Arbeiterhilfswerk
SGB – Schweizerischer Gewerkschaftsbund
SEV – Schweizerischer Eisenbahnerverband
SOLIFONDS
SP Schweiz
terre des hommes schweiz
Theologische Bewegung für Solidarität und Befreiung (TheBe)
Unia – die Gewerkschaft
VPOD-SSP
ZAS – Zentralamerika-Sekretariat